

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

BEITRÄGE

OLIVER BOKELMANN

Aneignung demokratischer Kompetenzen
im Zwischenraum von Jugendhilfe und
Schule.

Empirische Befunde zur Genese und
Konstitution eines unterschätzten
sozialpädagogischen Bildungsraumes
(S. 235-255)

Oliver Bokelmann

Aneignung demokratischer Kompetenzen im Zwischenraum von Jugendhilfe und Schule

Empirische Befunde zur Genese und Konstitution eines unterschätzten sozialpädagogischen Bildungsraumes

Im 16. Kinder- und Jugendbericht, der dem Thema der ›Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter‹ gewidmet ist, werden der »Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite« attestiert (BMFSFJ, 2020: 16). Dennoch wird Schule seit der Verabschiedung des Potsdamer Abkommens im Sommer 1945 als der Ort angesehen, an dem alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeiten erhalten sollen, zu mündigen Bürger*innen heranzuwachsen. Es war das vereinbarte Ziel der Alliierten, das Bildungs- und Erziehungswesen in Deutschland so auszugestalten, dass »eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird« (Potsdamer Abkommen, 1945). Nicht nur die Kultusministerkonferenz (KMK) formuliert den demokratischen Bildungsauftrag als eines der obersten Ziele schulischer Bildung (vgl. KMK, 2018: 2 ff.), sondern jedes Bundesland hat diesen auch in den Schulgesetzen festgeschrieben und Steuerungsdokumente zur Demokratiebildung entwickelt (vgl. IFK, 2018: 23 f.). Den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, wird im aktuellen Kinder- und Jugendbericht allerdings ein höheres Potenzial bei den Möglichkeiten zur Aneignung demokratischer Kompetenzen bescheinigt (vgl. BMFSFJ, 2020: 329 ff.). Es entsteht jedoch mit Blick auf den Fachdiskurs insgesamt der Eindruck, als würde Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendhilfe vielfach auf den Teilaspekt ›Partizipation‹ reduziert und als würden andere demokratische Kompetenzen, zum Beispiel kommunikative Fähigkeiten, Dialog-, Diskurs-, Kooperations- oder Konfliktfähigkeit sowie der Umgang mit Diversität, vernachlässigt (vgl. Bokelmann, 2020).

In diesem Beitrag geht es um die empirische Betrachtung von Projekten im Bereich Demokratiebildung in Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Eine dahingehende Aufforderung zur Zusammenarbeit kann dem 16. Kinder- und Jugendbericht entnommen werden:

Institutionelles Einzelkämpfertum wird nicht ausreichen, um die politische Bildung für bestehende und kommende Herausforderungen fit zu machen. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission allen Akteuren die Vernetzung als handlungsleitendes Prinzip. Der systematische Austausch hat das Ziel, Redundanzen zu vermeiden, ›blinde Flecken‹ zu identifizieren und

im besten Fall verschiedene Ressourcen für gemeinsame Maßnahmen und Aktivitäten zu bündeln. Die Vernetzung ist dabei auf verschiedenen Ebenen notwendig. Auf nationaler Ebene beispielsweise als Kooperation und Abstimmung zwischen schulischen und außerschulischen Trägern der politischen Bildung. (BMFSFJ, 2020: 76)

Zu Beginn des Beitrags werden die theoretischen Grundlagen und im Anschluss daran der Forschungsstand dargestellt, aus dem die Forschungsfrage der Untersuchung abgeleitet wurde. Methodische und methodologische Erläuterungen zum

Vollständig
entkoppelte
Diskurse

mehr auf www.neue-praxis-shop.de